

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 3.00 RM., monatlich 1.00 RM.,
 wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus,
 vorausbezahlt. Einzelne Wochen-
 nummern 5 Pf., Sonntagsnummern
 mit illustrierter Beilage „Die Neue
 Welt“ 10 Pf., Goldbeleg: Monatlich
 1.00 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.50 RM., für das übrige Ausland 4 RM.,
 monatlich Postbeiträge nehmen
 an Dänemark, Holland, Jugoslawien,
 Schweden u. die Schweiz, Eingetragen
 in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
Ercheinungstäglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt f. die Nebengebühren Kolonien-
 zeile 50 Pf., „Kleine Anzeigen“,
 das festgedruckte Wort 20 Pf. (zu-
 wäglich 2 festgedruckte Worte), jedes
 weitere Wort 10 Pf., Stellengeluche
 und Schließelanzeigen das erste
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.,
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Tagesanzeigen 30 Pf.,
 politische u. gesellschaftliche Bezeich-
 nungen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Schluß von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Montag, den 22. Oktober 1917. Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Insel Dagö in deutscher Hand.

**Beschickung von Ostende — Wiederum
 Artillerieschlacht von Bangaillon bis Brahe
 — Die Deutschen an der Ostküste von
 Dagö — Schildau besetzt — Rückzug der
 Russenflotte — Luftangriff auf England —
 Vier Luftschiffe verloren.**

Amtlich. Großes Hauptquartier, 21. Oktober
 1917. (W. I. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seereschlacht Kronprinz Rupprecht.

Ostende wurde von See beschossen; in der Stadt entstand
 Gaskerschaden.

An der flandrischen Landfront blieb bei starkem Dunst bis
 zum Abend die Feuerstätigkeit eingeschränkt. Bei Einbruch der
 Dunkelheit verstärkte sich das Feuer an der Küste, bei Tiznude
 und in einigen Abschnitten des Hauptkampfes. Mehrfach
 vorstoßende Erkundungsabteilungen der Gegner wurden verlust-
 reich zurückgeworfen.

Seereschlacht Deutscher Kronprinz.

Nach nebligem und daher etwas ruhigerem Morgen
 steigerte sich bei mittags besser werdender Sicht die Artillerie-
 schlacht von Bangaillon bis Brahe wieder zu größter Heftigkeit.
 Die Dauer der unermüdeten, vielfach zum Trommelfeuer an-
 schwellenden, auch während der Nacht an. Größere Angriffe sind
 bisher nicht erfolgt.

Bei den übrigen Armeen blieb die Gefechtsstätigkeit meist
 gering.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf der Insel Dagö ist die Ostküste von unseren Truppen
 erreicht; Streifabteilungen durchdringen das Innere. Bisher
 sind mehrere hundert Gefangene gemeldet.

Die zwischen der Insel Moon und dem Festland gelegene
 Insel Schildau wurde von uns besetzt.

Die russischen Seestreitkräfte haben den Moon-Sund nach
 Norden verlassen unter Freigabe des Bracks der Slowa und
 von 4 auf Strand gesetzten Dampfern.

Von der russisch-rumänischen Landfront ist nichts von Be-
 deutung zu berichten.

Mazedonische Front.

Im Gebirgsland zwischen Stumli-Tal und Thrida-See
 griffen gestern nach kräftiger Feinervorbereitung starke franzö-
 sische Kräfte an. Deutsche, Österreich-ungarische und bulgarische
 Truppen brachten durch Feuer und im Gegenstoß den feind-
 lichen Ansturm zum Scheitern.

Westlich des Thrida-Sees sowie vom Bredva-See bis zur

Gerna und auf beiden Bardar-Seen hat die Kampfstätigkeit
 der Artillerien merklich zugenommen.
 Der Erste Generalquartiermeister,
 Lubenski.

Berlin, 21. Oktober. In der Nacht vom 19. zum
 20. Oktober griff ein Marine-Luftschiffgeschwader England be-
 sonders erfolgreich an. Mit rund 26 000 Kilogramm Bomben
 wurden die Industrieanlagen folgender Plätze belegt: London,
 Manchester, Birmingham, Nottingham, Derby, Lowestoft, Hull,
 Grimsby, Norwich und Mappleton. Gute Spreng- und Brand-
 wirkung wurde überall beobachtet. Der Luftschiffkommandant
 Kapitänleutnant Freiherr Preusch von Buttlar-Brandenfels
 fuhr mit seiner bewährten Besatzung den 14. Angriff gegen
 England, davon vier gegen London. Auf dem Rückmarsch von
 glänzend durchgeführter Unternehmung sind vier Luft-
 schiffe unter Führung ihrer erprobten Kommandanten, den
 Kapitänleutnants Stabbert, Kölle, Gaher (Hans) und Schwan-
 der infolge außergewöhnlich starker Windverfennung und dichten
 Nebels, der die Orientierung unmöglich machte, über das
 französische Kampfgebiet geraten und dort, wie aus
 französischer Nachrichten hervorgeht, abgeschossen
 oder zur Landung gezwungen worden. Näheres
 über das Schicksal der einzelnen Schiffe und ihrer Besatzungen
 ist zurzeit noch nicht bekannt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Abendbericht.

Berlin, 21. Oktober 1917 abends. Amtlich.
 In Flandern lebhafteste Artillerietätigkeit, nord-
 östlich von Soissons härtester Feuerkampf.
 Die Insel Dagö ist ganz in unserer
 Hand.
 In Mazedonien westlich des Thrida-Sees und
 nordwestlich Monastir für uns erfolgreiche Teilkämpfe.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 21. Oktober 1917. (W. I. B.) Amtlich wird
 verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Fleimstal brachten unsere Patrouillen von einer
 gelungenen Unternehmung einen Offizier und 40 Mann als
 Gefangene zurück.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Westlich des Thrida-Sees scheiterten starke fran-
 zösische Angriffe an der tapferen Gegenwehr Österreichisch-
 ungarischer, deutscher und bulgarischer Truppen.

Der Chef des Generalstabes.

Das neue schwedische Kabinett.

Nach mehr denn zweiwöchiger Ministerkrise ist es dem
 liberalen Führer, Professor Edén, gelungen, ein gemischtes
 liberal-sozialistisches Kabinett zusammenzubringen, dessen Zu-
 sammensetzung bereits bekannt ist und dessen Programm
 gestern gemeldet wurde.

Es sind 4 Sozialisten und 7 Liberale, die die Leitung der
 schwedischen Staatsgeschäfte übernommen haben. Die
 Sozialdemokratie mußte, nachdem sie selbst als stärkste Partei
 in der Kammer keinen Anspruch auf die Bildung des Ka-
 binetts erhob, sich mit der Bezeichnung der weniger bedeutsamen
 Ministerien begnügen und den Liberalen die überwiegende
 Mehrheit überlassen. Die Motivierung des Standpunktes der
 Sozialdemokratie ist die gleiche wie damals, als Karl Staaff
 sein zweites liberales Ministerium bilden wollte und den Ein-
 tritt einiger Sozialisten wünschte: Es soll nicht sozial-
 demokratische, sondern liberale Politik gemacht
 werden. Damals lehnte Branting mit dieser Formulierung
 die Teilnahme überhaupt ab, heute dient sie zur Begründung
 des liberalen Nebergewinns im Kabinett. Damals freilich
 war Staaff geneigt, sich auch mit der bloßen parlamentarischen
 Unterstützung der Sozialisten zu begnügen, und er mußte die
 alleinige Übernahme der Verantwortung mit einer schweren
 Niederlage seiner Partei bei den Wahlen 1914 bezahlen. Heute
 sind die Liberalen durch die damaligen Erfahrungen gewöhnt
 und Herr Edén hat nicht bloß den Eintritt von sozialdemo-
 kratischen „Geiseln“ in das Kabinett verlangt, sondern Branting
 selbst mußte widerstrebend die ihm weit bebaglichere
 Position in der Kammer aufgeben, um seinen Anteil an der
 ministeriellen Verantwortung zu übernehmen. Es ist notwen-
 dig, dies besonders zu betonen, weil die Stimmen nicht aus-
 bleiben werden, die ihm dem Strebertypus des einen oder des
 anderen Mitgliedes gleichstellen möchten. Bei aller Gegner-
 schaft gegen Brantings Politik während der letzten Jahre,
 verlangt die einfache Gerechtigkeit jedoch festzustellen, daß
 seine politische Sehnsucht nie dem Ministerfessel galt.

Der Ministerpräsident ist Professor der Geschichte an der
 Universität Upsala. Sein Spezialgebiet ist schwedische Ge-
 schichte, auf welchem Gebiete er eine verdienstvolle Forscher-
 tätigkeit entfaltet hat. Politisch steht er im Zentrum der
 liberalen Partei, im Reichstag vertritt er den Landkreis von
 Upsala. Als die Liberalen beim Tode Staaffs das System
 des „Partei-chefs“ durch ein fünfgliedriges führendes Ko-
 mittee ersetzen, wurde er in dieses gewählt. Sein Einfluß ist
 im wesentlichen auf eine große Rednergabe zurückzuführen.
 Inwiefern der jetzt 46jährige liberale Führer auch Fähigkeiten
 des Staatsmannes besitzt, wird er noch zu zeigen haben.

Von den übrigen liberalen Mitgliedern des Ministeriums
 ist nur der eine, Landeshauptmann Schottg, als eine starke
 politische Persönlichkeit anzupreisen. Er war schon
 unter Staaff ein einflussreiches Mitglied der Regierung, ist
 hinsichtlich seiner politischen Färbung ein entschiedener Libe-
 raler mit klar ausgeprägter, bürgerlich-sozialer Auffassung.
 Doch er den bei den wichtigen Fragen der Verfassungsreform
 und der Neutralitätspolitik im Kriege klaren politischen
 Linien folgen wird, ist nicht zu bezweifeln. Seine intime
 Kenntnis der feinsten Wege eines liberalen Kabinetts, die
 er in Gesellschaft Karl Staaffs erwarb, wird dem jetzigen
 Kabinett besonders wertvoll sein. Ebenso darf man ihm
 gründliche Kenntnisse in der inneren Staatsverwaltung zu-
 sprechen, die dem Kabinett nicht minder zustatten kommen
 werden.

Im Ausland interessiert freilich die Befetzung des Mi-
 nisteriums des Außerer Reichs weit mehr, und es ist
 kaum zu leugnen, daß auch für Schweden selbst gerade dieser
 Posten im Kriege größere Bedeutung hat. Der Auserwählte,
 Justizrat Sellner, gehört zum Wallenbergischen Bank-
 konsortium, und man wird nicht fehl gehen, wenn man von
 ihm im wesentlichen die gleiche Politik erwartet, die Knut
 Wallenberg 2 1/2 Kriegsjahre hindurch trieb. Der Grundzug
 dieser Politik war: gute Geschäfte für Schweden. Freilich
 hatte es Wallenberg leichter als sein zweiter Nachfolger, denn
 damals hatte Schweden noch allerlei zu verkaufen, während
 heute die Frage des Wareneinkaufes eine weit größere Rolle
 spielt. Man rühmt Herrn Sellner große Fähigkeiten im Ver-
 handeln nach, die ihm diesen Posten auch eingetragen haben.
 In England und Frankreich wird man seine Ernennung als
 einen Sieg der Entente in Schweden buchen wollen, ob
 mit Recht, wird erst die Zukunft lehren. Es ist jedenfalls
 weit wahrscheinlicher, daß Herr Sellner etwaige ententisti-
 sche Sympathien für die Dauer seiner Ministerstätigkeit in
 einem Schließfach der Wallenbergischen Bank verwahren lassen
 und sich ernsthaft um eine neutrale Politik bemühen
 wird.

Von den drei Sozialisten, die außer Branting an der
 Regierung teilnehmen, ist der eine, Undén, Rechtsgelehrter

Tage der Entscheidung.

Nach der Rückkehr des Kaisers von seiner Balkanreise
 ist jetzt die Lösung der Kanzlerkrise zu erwarten.
 Man hat oft gesagt, daß das parlamentarische System
 den Kaiser zu einem Schattenkaiser erniedrige. In Wirklich-
 keit finden wir, daß dem Kaiser und der politischen Geschick-
 lichkeit des Staatsoberhauptes desto höhere Aufgaben ge-
 stellt sind, je mehr wir uns dem parlamentarischen System
 nähern. Verwidelte parlamentarische Krisen, zumal wie
 unsere gegenwärtige, sind für konstitutionelle Monarchien die
 wahren Schicksalsproben.

Die Sache läge einfach, wenn ein glattes Votum des
 Reichstags vorläge, das in den üblichen parlamentarischen
 Formen den Rücktritt des Kanzlers forderte, und wenn eine
 geschlossene Mehrheit vorhanden wäre, deren Führer die An-
 warterschaft auf die Nachfolge hätte. In Wirklichkeit ist weder
 das eine noch das andere der Fall. Darum ist nicht nur
 eine Lösung der Krise, sondern es sind verschiedene mög-
 lich, und die beste finden zu helfen, im Zweifelsfall ent-
 scheidend zu wirken, ist die Aufgabe des Staatsoberhauptes.

Daß diese große und bedeutende Aufgabe nur in eng-
 ster Fühlung mit dem Reichstag zu lösen ist,
 versteht sich von selbst. Es bedürfte wahrlich keiner be-
 sonderen staatsmännischen Weisheit des Staatsoberhauptes, den
 als unfähig erkannten Notgeber im Amte zu behalten oder,
 unverantwortlichen Ratschlägen folgend, irgendeine zufällige
 Persönlichkeit an dessen Stelle zu setzen. Das wäre keine
 wirkliche Lösung der Krise, aber nur an einer wirklichen kann
 sich wahre Staatsklugheit betätigen.

Die konservative Presse gibt Wilhelm II. den Rat, die
 politische Krise als nicht existierend zu betrachten. Mit an-
 deren Worten: gerade in dem Augenblick, in dem der Mon-

arch Gelegenheit hat, zu zeigen, daß er zum Nutzen seines
 Landes da sei, raten sie ihm zur Selbstauschaltung.
 Sie raten ihm, die Dinge einfach weiter treiben zu lassen,
 so lange, bis sie auch dem einflussreichsten Mann über den
 Kopf wachsen. Daß durch eine solche Lösung, die keine ist,
 weder der Staat, noch die Monarchie etwas gewinnen
 können, liegt auf der Hand. Aber die Konservativen wissen,
 daß bei einem Kanzlerwechsel unter den gegenwärtigen Um-
 ständen für sie parteipolitisch kein Geschäft zu machen ist, und
 darum sind sie für das Verbleiben des Herrn Michaelis im
 Amte, mag daraus für den Staat und auch für die Monarchie
 werden, was will.

Das Verbleiben des Herrn Michaelis muß nach allem,
 was gesehen ist, zu immer schärferen Krisen führen.
 Diese Krisen zu vermeiden, auf vorhandene Gegenstände ver-
 mittelnd einzuwirken und so dem Staat drohende Gefahren
 abzuwehren, das ist die Aufgabe, die der Monarchie gestellt
 ist, und ihr die Lösung dieser Aufgabe verwehren, heißt nicht,
 sie in ihrem Ansehen erhöhen, sondern sie im Gegenteil ent-
 werten.

Dies sei einmal, ohne auf die Frage der Staatsform
 einzugehen, zu der unsere Stellung ja bekannt ist, tatsächlich
 festgestellt.

Die Verlegung der Regierung nach Moskau.

Der Petersburger A. S.-Rat protestiert.
 Petersburg, 21. Oktober. (Wiedergabe der Petersburger
 Telegraphen-Agentur.) Die Abteilung Petersburg des Ar-
 beiter- und Soldatenrates hat eine maximalistische
 Entschließung Trosky angenommen, in der die Absicht der Re-
 gierung, sich nach Moskau zu begeben, scharf miß-
 billigt wird.

in Asala und politisch ein unbeschriebenes Blatt. Er gilt als tüchtiger Jurist. Palmstierna ist aus der liberalen Partei hervorgegangen. Eine ernste Kraft ist Rydén, der in der Kammer die Stadt Ralmö vertritt, wo er als Volksschullehrer wirkt. Er verfügt über eine ebenso große Arbeitsfähigkeit wie Energie und wird in dem Kabinett sich kaum mit dem bloßen Einfluß des Ressortministers begnügen. Innerhalb der Partei hat er zwar viel Widerlächer, aber seine energische Tätigkeit im Parlament wird von allen anerkannt. In der Außenpolitik ist er unbedingter Anhänger der Neutralität, und es ist kein Geheimnis, daß er von der ententistischen Haltung Brantings während des Krieges wenig erbaut gewesen ist.

Das neue Ministerium tritt nicht nur in einer schweren Zeit sein Amt an, es hat darüber hinaus Verpflichtungen aus dem Wahlkampf einzulösen, die kaum eingelöst werden können. Die Lebensmittelfrage ist kritisch und kann vor Beendigung des Krieges nicht leichter gelöst werden. Aber gerade diese Frage hat die Wählermassen den Oppositionsparteien zugezogen, und diese werden jetzt zu zeigen haben, daß sie es besser machen können als ihre Gegner, die über die kompakte Mehrheit in der Ersten und eine starke Minderheit in der Zweiten Kammer verfügen.

Die Eröffnung des russischen Parlaments.

Im deutlichen Zeichen des Kompromisses geschieht die Eröffnung der Körperschaft, die dem Namen nach die Verkörperung des Willens des russischen Volkes ist. Das Vorparlament, oder etwas weitläufiger der Rat der russischen Republik genannt, ist keine gewählte Vertretung des Volkes. Zunächst ist sie dadurch entstanden, daß die Ende September stattgehabte demokratische Konferenz beschlossen hat, sich in Permanenz zu erklären und zu diesem Zweck aus eigener Mitte eine ständige Vertretung zu hinterlassen. Die Zahl der Mitglieder sollte rund 300 betragen, sie wurden von den die Konferenz bildenden Fraktionen, Gruppen und Berufsvertretungen in proportioneller Stärke ernannt. Die Hauptaufgabe des Rates sollte es sei, die Staatsgewalt bilden zu helfen, ihr in der stürmischen Flut der Revolution die ihr fehlende Kraft zu verleihen.

Wie erinnerlich, bildete den Kernpunkt der Konferenz die viel bestrittene Frage, ob das Ministerium auf der Grundlage einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien oder einheitlich von den sozialistischen Parteien gebildet werden soll. Die Entscheidung dieser Frage brachte die Konferenz nicht. Ihr Wille war ebenso gespalten, wie die Richtungen des russischen Sozialismus und der Demokratie gespalten sind. Die Konferenz überließ dem Vorparlament die endgültige Regelung der Frage und ging auseinander mit dem Auftrag an das Präsidium, Verhandlungen mit den bürgerlichen einzuleiten. In diesen Verhandlungen haben die Vertreter der Demokratie ziemlich weitgehende Konzessionen gemacht, wonach die Vertreter der bürgerlichen zum Eintritt in das Ministerium sich bereit erklärten. Unter den Zugeständnissen, die sie selbst gemacht haben, steht die Frage der Auflösung der Duma. Diese ist, wie gestern telegraphisch mitgeteilt wurde, nunmehr erfolgt. Der ganze Kompromiß ist denn überhaupt dadurch möglich geworden, daß die Gruppen des Sozialismus, die für eine Koalition eintraten, sich in entscheidender Weise von den Volkswirkern löstigten.

Als eine weitere Folge des Kompromisses ist die Ergänzung des Vorparlaments durch Vertreter der bürgerlichen Parteien, deren Zahl etwa 120 betragen soll. Wie die Wahl dieser Vertreter erfolgte, ist nicht genau bekannt.

Groß sind die Aufgaben des neuen Rates. Wer kann sagen, ob er sich ihnen gewachsen zeigen wird?

Die erste Sitzung.

Austritt der Maximalisten aus dem Vorparlament.

Petersburg, 21. Oktober. Petersburger Telegraphenagentur. Gestern nachmittags fand im Marienpalast die Eröffnung des Vorparlamentes statt. Kerenski erklärte das Vorparlament für eröffnet und hielt eine Ansprache. Frau Breschko-Breschowskaja forderte die Versammlung auf, zu den Wahlen zu schreiten. Zum Vorsitzenden wurde mit einer Mehrheit von 223 Stimmen Wjessentjew, der Vorsitzende des Volksgeschusses der Bauernvertreter, gewählt. Er hielt eine Rede, nach der das Vorparlament beschloß, bis zur Ausarbeitung eigener Satzungen sich an die der Duma zu halten. Darauf wurde die Bureauwahl vorgenommen.

Petersburg, 21. Oktober. Nach dem Bericht der Petersburger Telegraphen-Agentur erklärte Kerenski in seiner Rede im Vorparlament:

Die einstweilige Regierung sehe sich jetzt zum ersten Male in der Lage, mit Vertretern der organisierten Kräfte des russischen Volkes zusammenzuarbeiten; sie sehe es als ihre Aufgabe an, die ihr für die Zeit bis zur Eröffnung der Verfassungsgebenden Versammlung anvertraute revolutionäre Gewalt gegen alle Anschläge zu schützen, und hätte dabei in zwei Fällen glücklich erreicht; sie hoffe dabei auf die Unterstützung des Vorparlamentes. Zwei unendlich schwierige Aufgaben seien der Regierung und dem Vorparlament gestellt: die Landesverteidigung und die Wiederherstellung der Kampfkraft der Armee. Kerenski feierte ausführlich und begeistert die Tapferkeit der russischen Seelute und bedauerte, nicht ebenso von der Armee sprechen zu können, welche die von der alten Regierung verschuldete Unbildung des Volkes und eine verbrecherische Propaganda um ihre Widerstandskraft gebracht hätten; er werde demnach in geheimer Sitzung die erforderlichen Gegenmaßnahmen zur Verbesserung stellen.

Hinsichtlich der äußeren Politik kündigte Kerenski die bevorstehende Entsendung einer Regierungs-Abordnung und eines Vertreters der russischen Demokratie ins Ausland an, die klar und würdig die Haltung der russischen Regierung zum Ausdruck bringen sollten. Auf die innere Politik übergehend, sagte er, seine Regierung der Welt habe es so schwer, wie die russische, welche Maßregeln, die gegen die Gedanken der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verstoßen, nicht anwenden könne. Er erbat daher die Unterstützung aller politischen Parteien und aller Bevölkerungsklassen. Kerenski schloß:

Im Namen der Armee, des Oberkommandos, der Frontschiffe erkläre ich: Das Meer erwartet, daß das Land seine Pflicht tut und seine Erzeugungsarbeit zum Heile des Vaterlandes, besonders für die Versorgung organisierter; ich hoffe, daß die hier vertretenen Bauern der Armee in nächster Zukunft die Hilfe leisten werden, deren sie bedarf, denn die Versorgung der Fronten wird eine immer dröhernde Frage.

Nachdem die Breschko-Breschowskaja das Land für das Landvolk gefordert und der Vorsitzende Wjessentjew die Versammlung begrüßt hatte, griff der maximalistische Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates von Petersburg Trotski, die Regierung heftig an, die unverantwortlich handele, und nahm sich die bürgerlichen Elemente vor, welche, wie er meinte, eine Erhebung der Bauern hervorriefen, die Verwirrung im ganzen Kriegswesen

steigerten und die Verfassungsgebende Versammlung zum Scheitern zu bringen suchten. Er erklärte, die Maximalisten könnten weder mit der Regierung noch mit dem Vorparlament zusammen arbeiten. Er verlasse es, um Arbeitern, Soldaten und Bauern zu sagen, daß Petersburg, die Revolution und das Volk in Gefahr seien.

Darauf gingen alle Maximalisten unter Hochrufen auf einen ehrenvollen demokratischen Frieden und die Verfassungsgebende demokratische Versammlung hinaus.

Das Friedensprogramm des Sowjet.

Petersburg, 20. Oktober. (Nachung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der ausführende Hauptausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates hat nach Wahl des ehemaligen Arbeitsministers Stobelew zum Vertreter der russischen Demokratie auf der Konferenz der Allierten in Paris folgende auf die Friedensfrage bezügliche Anweisungen für ihn ausgearbeitet:

1. Räumung Russlands durch die deutschen Truppen, Autonomie für Polen, Litauen und die lettischen Provinzen;
2. Autonomie für Türken-Armenien;
3. Lösung der elias-loistringischen Frage durch Volksabstimmung unter Bedingungen völliger Freiheit der Abstimmung;
4. Wiederherstellung Belgiens und Entschädigung für seine Verluste aus einem internationalen Fonds;
5. Wiederherstellung Serbiens und Montenegros mit Entschädigungen, die von einem internationalen Fonds aufzubringen sind. Serbien erhält einen Zugang zum Adriatischen Meer. Bosnien und die Herzegovina sollen autonom werden;
6. die strittigen Gebiete auf dem Balkan erhalten vorläufige Autonomie bis zu einer Volksabstimmung;
7. Rumänien wird in denselben Grenzen wiederhergestellt und gibt das Versprechen, der Dobrudscha Autonomie zu gewähren und verspricht feierlich, Artikel 3 des Berliner Vertrages über die Gleichheit der Rechte der Juden in Bistramkeit zu setzen;
8. Autonomie für die italienischen Provinzen Oesterreichs bis zu einer Volksabstimmung;
9. Zurückgabe seiner sämtlichen Kolonien an Deutschland;
10. Wiederherstellung Persiens und Griechenlands;
11. Neutralisation aller Meerengen, die in innere Meere führen sowie des Suez- und des Panamakanals, Freiheit der Handelschifffahrt und Abschaffung des Rechts zur Kaperei und Torpedierung von Handelsschiffen;
12. alle Kriegführenden verzichten auf Kontribution oder Entschädigung, unter welcher Form es auch sei. Alle während des Krieges auferlegten Kontributionen sind zurückzuerstatten;
13. jedes Land ist unabhängig hinsichtlich seiner Handelspolitik, aber alle Länder verpflichten sich, auf eine Handelsblockade nach dem Kriege zu verzichten und keine gesonderten Zollabkommen zu schließen;
14. die Friedensbedingungen werden auf einem Friedenskongreß von Vertretern festgesetzt, die von den nationalen Vertretungen gewählt werden. Diese Bedingungen sind von den Parlamenten zu beschließen. Die Diplomaten verpflichten sich, keine Geheimverträge, die als dem Völkerrecht zuwiderlaufend, also für nichtig erklärt werden, zu schließen;
15. allmähliche Abtragung von Lande und Wasser und darauffolgende Einführung des Willkürsystems.

Die Anweisungen schließen mit der Empfehlung, zu versuchen, alle der Stockholmer Konferenz im Wege stehenden Hindernisse zu beseitigen und die Auslieferung von Bässen für die Parteien zu erlangen, die daran teilzunehmen wünschen.

Der Seekampf bei Oesel und Moon.

Die Aktion gegen die russische Flotte.

Russischer Admiralsberichts vom 20. Oktober. Infolge der durch uns unter dem Druck überlegener feindlicher Kräfte erfolgten Räumung des südlichen Moonlandes befand sich die Insel Moon im unmittelbaren Wirkungsbereich der Schiffe des Gegners sowohl vom Rigaischen Meerbusen wie von der Sandbank des Kasparwies aus, was ihre Verteidigung vollkommen unmöglich machte. Es wurde daher für unnütz erachtet, die Insel in unserem Besitz zu halten zu wollen. Es wurde beschlossen, sie zu räumen, was unter äußerst schwierigen Umständen unter dem Kreuzfeuer der feindlichen Schiffe ausgeführt wurde, denen unsere Torpedoboote, Minensuch- und Hilfschiffe einen Artilleriekampf lieferten.

Im Laufe des Tages entdeckten unsere Minensuchschiffe Minenfelder, die von deutschen U-Booten offensichtlich gelegt worden waren, um unseren Schiffe den Ausweg aus dem Moonland nach dem finnischen Meerbusen zu verlegen. Dieses feindliche Unternehmen zeigt im Zusammenhang mit der Landung auf der Insel Dagö das Bestreben des Gegners, um jeden Preis unsere diese Gegend verteidigenden Seestreitkräfte zu vernichten. Unsere Torpedoboote entdeckten in der Gegend des Einganges zum finnischen Meerbusen und zum Moonland feindliche U-Boote. Am 19. Oktober verhiinderten uns Rebel und Regen den ganzen Tag über an der Beobachtung der gegnerischen Flotte sowie an Fliegerlandungen. Infolge der endgültigen Räumung der Insel Moon und der Gewässer des südlichen Moonlandes ist die Lage im ganzen Inselarchipel in der Ostsee äußerst gefährlich und schwierig geworden.



Russischer Seereports vom 19. Oktober. Gegen Abend des 18. Oktober stellten wir endgültig fest, daß der Feind am 17. mittags nach Beschießung der Küste von Dagö die Landung auf der Insel in der Gegend des Dorfes Serrö begonnen hatte. Nach eingelaufenen Meldungen befanden sich in der Nacht vom 17. zum 18. auf der See von Anislaw an der Ostküste der Insel Moon bis zu 11 feindliche Fahrzeuge, wahrscheinlich Torpedoboote.

Nach dem Parteitag.

Ein Gruß Alwin Gerischs.

Genosse Alwin Gerisch antwortete dem Parteitag für die dankbare Anerkennung, die er ihm bei seinem Ausscheiden aus dem Parteivorstand zuteil werden ließ, mit einem Telegramm, das leider verspätet eintraf und dessen Text wir darum hier folgen lassen:

„Sozialdemokratischer Parteitag Würzburg. Für Gruß und Ehrung herzlich Dank. Möge dem herrlichen Geist, der die Würzburger Verhandlungen besetzte, der verdiente Erfolg beschieden sein. Gerisch.“

Berichtigung Dr. Herzfelds.

In einem Briefe an Genossen Dr. Landsberg vermahnt sich Abg. Dr. Herzfeld gegen den Vorwurf, er habe in der Reichstagskommission gegen das Besondere der Schußwaffen gestimmt. Landsberg hatte in Wirklichkeit aber nicht gesagt, er habe gegen das Besondere gestimmt, sondern er habe gegen das Gesetz gestimmt, das dieses Besondere einführt. Der nicht wesentliche Unterschied ist auf die unermessliche Länge der Berichte zurückzuführen, unter der die Genauigkeit leidet. Einem Wunsch folgend, den Herzfeld in seinem Schreiben an Landsberg äußert, stellen wir ihn öffentlich fest.

Pressstimmen zum Parteitag.

Die konservative Presse legt großes Gewicht auf die Feststellung, daß sich an den Zielen der Sozialdemokratie nichts geändert hat. So schreibt die „Kreuzzeitung“: „Wer sich an die heftigen Kämpfe und Zusammenstöße erinnert, die auf den früheren Parteitagen die Regel bildeten, wird mit uns der Meinung sein, daß in diesen Dingen ein Grund, die Parteipaltung nach dem Frieden aufzuheben, kaum liegen dürfte. Sachlich trennen beide Parteien im Grunde genommen nichts als die Stellung zu den Kriegskrediten. Der Parteitag zeigte, daß auch die Bewegung auf Ablehnung der Kriegskredite, vertreten durch die Abgeordneten Hoch und Emmel, innerhalb der alten Partei von großer Bedeutung ist.“

Die sozialdemokratische Massenpartei bedarf für ihre Agitation zweier Gesichter, ein radikales, das sie den organisierten Genossen, und ein gemäßigteres, das sie dem neu zu gewinnenden Treibholz der Wähler zuwendet. Die Bedürfnisse und die Gewohnheiten der Agitation werden, so glauben wir voraussetzen zu müssen, alsbald nach dem Frieden oder auch schon früher, falls die Sozialdemokratie zur Ablehnung der Kriegskredite kommen sollte, ein starkes Bindemittel zwischen den alten Freunden werden. Auch die Partei der Herren Ebert und Scheidemann kann in Wort und Tat sich kaum genug tun, um zu zeigen, daß sie an der Internationale festhält. Dieser Ton beherrschte die Musik in Würzburg. „Wir sind und bleiben die Alten.“

„Rechtlich meinen die „Berliner Neuesten Nachrichten“:

Für die bürgerlichen Parteien ist dieser Wendepunkt von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung, denn aus den Würzburger Verhandlungen war sehr deutlich zu erkennen, was wir übrigens stets angenommen haben, daß zwischen beiden sozialistischen Richtungen nur die Frage der Taktik steht, und daß ihre Ziele völlig dieselben sind. Bei beiden handelt es sich um einen Kampf um die politische Macht, um den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung und Verfassung, um eine Sozialisierung und Demokratisierung unseres Staates. Wir bleiben die Alten“, sagte Ebert, der mit Scheidemann zum Führer der Partei wiedergewählt wurde, und damit nicht nur die Arbeitermassen, sondern auch die bürgerlichen Parteien wissen, wie dieses Programmwort und diese Lösung gemeint war, betonte er ausdrücklich, daß der Kampfkampfscharakter der Partei gewahrt bleiben solle.

Auch hier erkennt man, daß die Ziele der von ihren Trübsern im anderen Lager als „Regierungsozialisten“ Verdähten dieselben geblieben sind, wie vor dem Kriege, und daß sich nur ihre Taktik dem „Gelände“, d. h. der Stimmung der zum größten Teil im Kampf für das Vaterland im Felde stehenden Wähler angepaßt hat. Diese Taktik erklärt, daß die Mehrheitssozialisten bis zum heutigen Tage die Kriegskredite stets bewilligt haben. Das soll aber nicht grundsätzlich geschehen, und in einer Entscheidung wurde ausdrücklich dem Vorhand Bewegungsfreiheit gelassen, damit er das Mittel der Kreditverweigerung als Waffe gegen die Regierung verwenden kann.

Im übrigen bemüht sich das genannte Unternehmerblatt, aus den Verhandlungen des Parteitages „Drohungen mit der Revolution“ herauszulesen. Die Worte Scheidemanns, man werde ja doch zum parlamentarischen System kommen, „so oder so“, geben ihr in dieser Beziehung besonderen Anlaß zu tiefgründigen Unterredungen. Wir meinen, mit der Dummheit, die in solchen Betrachtungen zum Ausdruck kommt oder auf die doch mit ihnen spekuliert wird, werden wir schon fertig werden — „so oder so“!

Auf der anderen Seite läßt sich die „Berl. Morgenpost“ so vernehmen:

„Das Ergebnis des sozialdemokratischen Parteitages und die Summe der Stimmungen und Wünsche, die im Volk leben, ist in der Rede enthalten, in der Scheidemann das Zukunftsprogramm nicht nur seiner Partei, sondern der ganzen deutschen Demokratie entwickelt hat. Denn das war nicht die Rede eines Parteimannes, der seinen Kopf an das Feuer der Welt rückt, um sich dort abgestandenes zur Genickbarkeit aufzulösen, sondern die Rede eines geistigen Führers, der erfüllt von der Kraft einer Weltanschauung, der der Welt neue Lebenskraft und neue Betätigungsmöglichkeiten dieser Kraft zu geben entschlossen ist. Scheidemann wendet sich von keinem Ideal seiner Vergangenheit ab, aber er hat den Traum ausgeträumt, daß die bloße Proklamierung von Grundfätzen die Welt aus ihren Angeln hebe, und daß die rein theoretische Belehrung genüge, um die Menschen neuen Wirklichkeiten entgegenzuführen. Er entsagt Methoden, die nichts oder nur wenig erwirkt haben, und wendet sich mit ungebrochenem Willen neuen Methoden zu, von denen er eine wirksame Beeinflussung des Zustandes der Nation und der Menschheit erhofft. Seine Einsicht ist die Frucht der Erfahrung, aber geleitet von denselben Grundanschauungen, die sein früheres Handeln im öffentlichen Leben bestimmte.“

Es besteht also im bürgerlichen Lager von rechts bis links Übereinstimmung darüber, daß sich an den Zielen der Sozialdemokratie nichts geändert hat. Auch die „Morgenpost“ glaubt an eine spätere Einigung der beiden Gruppen unter Beilegung der Minderheit zur Taktik der Mehrheit.

Die Entschliebung der Mehrheit des Kongresses in Bordeaux.

Im folgenden geben wir den Wortlaut der von der französischen sozialistischen Mehrheit angenommenen Entschliebung. Aus Raumgründen, die der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erklärlich macht, kann es erst heute geschehen. Die französische Entschliebung lautet:

I. Krieg und Internationale.

1. Auswärtige Politik: Die sozialistische Partei stellt von neuem fest, dass wenn auch die französische Regierung sich in glücklich gewählten Worten über die Kriegsziele ausgesprochen hat; dass wenn auch die sozialistische Fraktion in der geheimen Kammer eine genaue Zurückweisung gewisser Mängel in der geheimen Diplomatie durchgesetzt hat; und dass, wenn die Kammer in ihren öffentlichen Sitzungen ihre Absicht kundgegeben hat, den Geist der Eroberung und der Unterwerfung zu verwerfen und den Bund der Nationen vorzubereiten, so haben doch nicht alle ihre Verbündeten dieselben Erklärungen im selben Grade abgegeben.

Es ist deshalb wichtig, dass die Regierung Frankreichs im Sinne der Initiative der russischen Revolution handelt, die eine Revision der Kriegsziele verlangt, von sämtlichen Verbündeten eine gemeinsame Erklärung erhalt, die ihre nationalen Ansprüche mit den Anforderungen des Völkerrichts in Einklang bringt.

Es ist ebenfalls wichtig, dass im Hinblick auf Interessenkonflikte die sogar unter den verbündeten Mächten möglich sind, die Regierungen der Entente einen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag abzuschließen, wonach sie dem Schiedsgericht, das zunächst von ihnen eingesetzt ist, und dann dem Bund der Nationen die Aufgabe stellen, die Interessen zu vertreten und das Recht zu bestimmen.

2. Friedensbestimmungen. Die sozialistische Partei, sich auf die von der sozialistischen Arbeiterkonferenz in London im Februar 1915 angenommene Entschliebung beziehend, erklärte in der Antwort auf den Fragebogen des holländisch-standinavischen Ausschusses ihre Ansichten, wie die Friedensbedingungen festgelegt werden müssen, um neue Kriegselemente zu vermeiden und um der Welt die Gewähr der Sicherheit zu geben an Stelle der Herrschaft der angestammten Mächte, der Länderverteilungen und der strategischen Einverleibungen.

3. Parteistellung. Die Partei erklärt, dass sie es sich vornimmt, ihre Freiheit der internationalen Aktion vollständig zu erlangen. Sie appelliert an die öffentliche Meinung, damit diese die Lage begreife und auch den Leitern der Regierung zu verstehen gebe, dass der Wille, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, nicht nur nicht im Widerspruch zu den Interessen der überfallenen Völker stehe, sondern vielmehr ihnen dienen könne, und dass es für diese keine nützlicheren Aufgaben gebe, als zu gestatten, dass gleichzeitig die Schuld am Kriege und die Friedensbedingungen festgestellt werden.

Die sozialistische Partei erklärt also, dass sie ihre Absicht, Bünde für eine beratende Konferenz zu erlangen, nicht aufgibt; und dass sie von der Regierung fordern wird, unserem Lande keine diplomatische Aktionskraft zu rauben, die man nicht vernachlässigen kann, ohne kundzutun, dass man zur sozialistischen Vaterlandsliebe kein Zutrauen hat.

4. Internationale Konferenz. Um mit Sicherheit die internationale Konferenz vorzubereiten, mit der der Parteiausschuss vom 27. Mai sich im Prinzip einverstanden erklärt hat, und deren Bedingungen der Tätigkeit und des Erfolges in der Antwort auf den holländisch-standinavischen Fragebogen festgelegt wurden, wird die Partei die Unterabteilungen mit den übrigen sozialistischen und Arbeiterparteien der Entente fortsetzen, und sie wird in zukünftigem Sinne das Schreiben Henderson beantworten.

Im Hinblick auf diese Zusammenkünfte und in Erwägung, dass die Antwort auf den genannten Fragebogen das Höchstmögliche von Gedanken und Aktionsmöglichkeiten der französischen Sozialisten enthält, und dass sie die feste Grundlage der internationalen Aktion der französischen sozialistischen Partei bildet, beauftragt der Kongress den Parteivorstand, die Fraktion, die „Humanité“ und die Delegierten zum Internationalen Sozialistischen Bureau und zu den alliierten Ausschüssen, im Sinne und nach den Richtlinien dieser Antwort zu handeln.

Der Kongress erucht außerdem den holländisch-standinavischen Ausschuss, vor Zusammentritt der Konferenz von allen sozialistischen Parteien, den kriegführenden wie den neutralen, die Antworten auf den Fragebogen zum Zweck der Veröffentlichung zu verlangen. Die Partei ist der Ansicht, dass kurze und rasch hingeworfene Formeln nicht genügen, um die vom Krieg gestellten schwierigen Probleme zu lösen. Er erucht insbesondere die russischen Parteien, eine eingehende Antwort zu geben.

In Erwiderung auf ein Telegramm des Sowjet erucht der Kongress die Gelegenheit, dem revolutionären Russland zu versichern, dass die französischen Sozialisten sich in vollständiger Übereinstimmung mit der französischen Nation befinden, um jede Kriegsbildung zu verwerfen, die ein Opfer auf Kosten Russlands oder einen Sonderfrieden einschließt.

II. Nationale Politik.

1. Landesverteidigung und Kriegskredite. Die Partei ist auch weiterhin entschlossen, die nationale Einheit aufrechtzuerhalten zum Zweck der Landesverteidigung und des Krieges für das Recht, also ohne jede Vermischung von Imperialismus. Sie weiß, dass es keine siegreiche sozialistische Bewegung in einem Lande geben kann, das einer fremden Herrschaft oder Oberherrschaft unterworfen ist.

Um sich ohne Vorbehalt und vollständig ihrem Lande hinzugeben, nimmt die sozialistische Partei für die Kredite zur Verteidigung des Landes und hat bis jetzt ihr Teil der Verantwortlichkeit — einschließlich der Teilnahme an der Regierung — getragen.

Der Kongress erklärt, dass er die Kreditgewährung während des Krieges als das Symbol der Nationalverteidigung betrachtet. Erst wenn die Regierung, die diese Kredite fordert, imperialistisch wird oder Schwäche zeigt, oder das Land an den Feind verrät, oder Verbrechen gegen die republikanische Regierungsform begeht, wird die Partei aufhören, diese Kredite zu gewähren.

Der Kongress bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung gefassten Entschliebungen und verlangt von den Gewählten die Anwendung derselben.

2. Ministerialismus. Die Partei ist überzeugt, dass es in einer Demokratie, wie der unseren, keine wirksame Nationalverteidigung geben kann, wenn diese nicht von republikanischem und sozialistischem Geiste befeuert ist, was sie nicht vom Willen der Willkür und Gerechtigkeit befreit ist, wenn diejenigen, die sie übernehmen, nicht ohne Zaudern und ohne Ängsten bereit sind, nicht alle besonderen und gegensätzlichen Interessen dem Wohle des nationalen Ganzen zu unterwerfen.

Seit drei Jahren leidet das Land an veralteten Einrichtungen, von für den Krieg ungeeigneten parlamentarischen Methoden, die an die Spitze der Regierung einander abwechselnde Personen stellen, die sehr oft einen Mangel an Tatkraft und Voraussicht gezeigt haben.

Die beiden Kammern streiten mit einander, lähren die Regierung und hemmen einander. Die Tätigkeit des Parlaments und die Regierung ist nicht organisiert; die Komitees werden für die Personen gemacht und nicht die Personen für die Komitees. Die Kriegsregierung pendelt von einer Zusammensetzung zur anderen, ohne Ziel und ohne Regel.

Aus diesen Gründen hat die sozialistische Partei nicht gezögert, ihre Mitarbeit an der Regierung abzubrechen, um das Land urteilen zu lassen. Aber was das Prinzip der Partei an der Regierung anbetrifft, so erklärt der Kongress, dass die Partei — während des Krieges — es systematisch nicht ablehnen wird, die Verantwortlichkeit der Regierung zu übernehmen. Nur wird diese Beteiligung bedingt und beaufsichtigt sein.

Bedingt durch die Diskussion zwischen dem Ministerpräsidenten und der sozialistischen Delegation, im Vorherigen ein Einverständnis über das Aktionsprogramm der Regierung für Krieg und Frieden zu erzielen, sowie ein Einverständnis über die Bedingungen für dessen Verwirklichung durch die Zusammensetzung der politischen Persönlichkeiten, denen die Partei sich zugesellen hat.

Beaufsichtigt durch die Beziehungen zwischen der Partei und den Regierungsdelegierten.

Zum Schluss appellierte der Kongress an die deutschen Sozialisten, dem russischen Beispiele zu folgen. In diesem Falle würden die französischen Sozialisten darüber wachen, dass die entstehende deutsche Republik nicht von den Alliierten überfallen und vernichtet würde.

Diese Zusicherung nimmt sich sehr schön im Munde von Leuten aus, die nicht einmal imstande waren, Kofferpässe nach Stockholm zu erhalten.

Nach Annahme der langen Entschliebung, die alles beim alten lässt, hat der französische Parteitag in Bordeaux seinen Abschluss gefunden. Dank den Unklarheiten und Zweideutigkeiten über die Bedeutung der Stockholmer Konferenz ist die Mehrheit die Siegerin geblieben.

Zum Verständnis der gegenwärtigen französischen Parteiverhältnisse dürften folgende Angaben von Nutzen sein:

Es gibt gegenwärtig im nicht besetzten Frankreich etwa 25 000 organisierte Sozialisten. Vor dem Kriege gab es ihrer 75 000. Ungefähr je 9 der gegenwärtig organisierten Sozialisten haben das Recht, auf dem Parteitag durch ein Mandat vertreten zu sein. Die französischen Parteitagberichte geben die Zahl der anwesenden Delegierten nicht an; aus den Abstimmungen geht jedoch hervor, dass der Kongress insgesamt etwa 2800 Mandate hatte.

In der Partei machen sich folgende Strömungen bemerkbar: 1. eine Rechte, die von Comperore-Korel geleitet ist und die Kriegsforderung „Jusqu'au bout“ (Krieg bis ans Ende) aufstellt und den Gedanken der Stockholmer Konferenz bekämpft. Diese Strömung ist in der sozialistischen Fraktion durch 23 Kameradschaften vertreten. In Bordeaux zählte sie zwischen 700 bis 800 Mandate; 2. eine Mitte, die von Renaudel, Thomas und Sembat geleitet ist; sie hat etwa 200 Mandate und ist ebenfalls für den Krieg bis ans Ende, aber sie hält es für notwendig, nach Stockholm zu einer internationalen sozialistischen Konferenz zu fahren, nicht etwa, um in erster Linie den Frieden zu fördern, sondern um die deutsche Sozialdemokratie in den Antikriegsstand zu versetzen und das Recht Frankreichs auf Schlag-Vorfällen zu proklamieren; 3. die Linke, geleitet von Longuet und Pressimane; sie hat 831 Mandate und ist für einen Verständigungsfrieden, für Stockholm, aber auch für die Bewilligung der Kriegskredite und für Beteiligung an der Regierung, vorausgesetzt, dass die Regierung mit den von der russischen Revolution aufgestellten Friedensbedingungen übereinstimmt; 4. die äußerste Linke, die sogenannten Zimmerpolster, geleitet von Weizsäcker; sie verfügt über 118 Mandate und ist für einen sofortigen Verständigungsfrieden, gegen Kreditbewilligung und gegen den Ministerialismus.

Jean Longuet (achtet von der zweiten Gruppe, die er „rechte Mitte“ nennt, noch eine „eigentliche Mitte“ ab, die durch Cachin, Roussel, Vedourca vertreten wird; sie entstand aus der rechten Mitte, um, wie Longuet sagt, „durch Härte und wirksamere Aktion die Echtheit ihrer internationalen Bestimmung und ihre Entschlossenheit, zum Ende zu kommen, zu beweisen“.

Auf dem Kongress in Bordeaux handelte es sich einzig und allein um eine Kraftprobe zwischen Mehrheit und Minderheit, da letztere auf Grund ihrer Mehrheit in Paris und Umgebung den Anspruch erhob, dass ihr die Leitung der Partei und des Zentralorgans „Humanité“ gehöre.

Der Kampf in Bordeaux konzentrierte sich auf zwei Angriffe: je einen der Mehrheit und der Minderheit. Renaudel und Genossen legten ihre Ansicht in der zur Annahme gelangten Entschliebung nieder, während Pressimane und Genossen ihr eine andere, den Ansichten der Minderheit entsprechende Entschliebung entgegensetzten.

Bei der Abstimmung vereinigten sich die Rechte und die Mitte auf die Entschliebung Renaudels, die 1552 Stimmen erhielt; die Entschliebung Pressimanes vereinigte auf sich 831 Stimmen, während ein Zusatzantrag Weizäcker nur 118 Mandate erhielt.

Im Vore geht Jean Longuet auf die Spaltung der Partei in fünf Fraktionen ein, die er aus dem Kampf um Stockholm entwirft; und er teilt die zur Charakteristik der Abstimmung mit: „Die Spaltung in fünf Fraktionen hat dem Publikum die wesentliche Tatsache verdeutlicht, dass der Antrag Renaudels von 2071 Stimmen gerade 1552 erhielt, gegen 1834 Anhänger der Minderheitsfraktion, also eine Majorität von 218 Stimmen, während nach dem alten Stimmverhältnis die Stimmen der sogenannten (Infolge der Kriegslage indirekt bestehenden) Nordfraktion in Höhe von 406 der Majorität zugeschieden wurden.“ Das ist in der Tat „wesentlich“, denn es zeigt, dass die Mehrheit für die Resolution künstlich herangezogen worden ist. Diese Mehrheit Renaudels-Comperore-Korel verfügt über 60 Proz. der Mandate und bleibt weiter an der Leitung der Partei und der „Humanité“.

Ein Ministerialerlass gegen die Vaterlandspartei.

Von einem Ministerialerlass gegen die Vaterlandspartei wachte die „Köln. Ztg.“ zu melden. Der Text dieses „absonderlichen Schriftstücks“, das aus dem Ministerium des Innern stammt, wird jetzt von einem alldeutschen Blatt bekanntgegeben. Er lautet wie folgt:

Der Minister des Innern. Berlin, den 1. Oktober 1917. In 1400.

Anlässlich einer Anfrage eines der Herren Oberpräsidenten über die Beteiligung der politischen und anderen Staatsbeamten an den Bestrebungen der Deutschen Vaterlandspartei habe ich entschieden, dass den Beamten meines Ressorts, insbesondere den politischen Beamten, wie jedem anderen Staatsbürger, der Willkür

zu dieser Partei freistünde, dass es aber unerwünscht sei, wenn sie in Wort oder Schrift für ihre Bestrebungen einzutreten. Ich ersuche, dies zu beachten.

gez. Drews.

An die Herren Oberpräsidenten.

Dieser Erlass zeigt wenigstens den guten Willen, eine beherrschende Beeinflussung zugunsten der Vaterlandspartei zu vermeiden, und Herr Helfferich hätte sich sagen lassen, wenn er ihn in der Reichstagsabstimmung vom 6. Oktober unter Verzicht auf alle eigenen Geistesprodukte zum Vortrag gebracht hätte. Ob freilich das gewählte Mittel richtig ist, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Grundsätzlich für alle Beamten die volle politische Meinungs- und Beteiligungsfreiheit zu verlangen. Inwiefern für sogenannte „politische Beamte“, die logischer die Politik der Regierung zu vertreten haben, eine Ausnahme von der Regel gelten kann, ist eine offene Frage. Die Ausnahme wird desto überflüssiger sein, je klarer die Politik der Regierung ist und je mehr die Bevölkerung ihres Untertänigkeitsbegriffs entledigt wird. Mag der Landrat als Privatperson für die Vaterlandspartei agitieren, wenn ihn die Bevölkerung nur für keinen Halbheit hält und wenn sie aus den Erklärungen der Regierung klar erkennen kann, dass die Bestätigung des Landrats nicht im Sinne der Regierung erfolgt, sondern gegen ihre Politik gerichtet ist. Klare Stellungnahme der Regierung, strengstes Verbot jeder Beeinflussung, die unter dem Schein der Behördlichkeit getrieben wird, im übrigen aber volle Freiheit für alle Beamten, die nicht unmittelbar die Politik der Regierung zu vertreten haben, das scheint uns die beste Lösung des Problems zu sein.

Kleine Kriegs Nachrichten.

Vertrag zwischen Holland und Oesterreich-Ungarn. Wie aus dem Haag gemeldet wird, wurde am Freitag der Handels- und Kreditvertrag abgeschlossen, über den seit einigen Wochen zwischen den Niederlanden und Oesterreich-Ungarn im Haag verhandelt worden ist.

Von der Sinaifront meldet der türkische Oberbericht am 20. Oktober: Der Gegner machte mit einer aus mehr als 20 Eskadronen Kavallerie sowie aus Artillerie und Automobilen bestehenden Abteilung eine Erkundungsexpedition gegen Bir-Saba. Am 18. Oktober zog sich der Feind wieder zurück.

Die rumänische Regierung tat an die alliierten und an die neutralen Staaten einen energischen Protest gegen die Beschlebung der Stadt Galatz durch die Deutschen gerichtet.

Soziales.

Vertragsstellung in der Angestelltenversicherung.

Eine für die Hinterbliebenen im Kriege gefasste Vertragsausstellung sehr wichtige Bundesratsverordnung wird am 1. Oktober in folgender Form bekanntgegeben:

Art. 1. § 3 Abs. 3 des Versicherungsvertrags für Angehörige verfallt der Ansicht der Hinterbliebenen eines Verstorbenen auf Erhaltung eines Teiles des eingezahlten Beitrags, wenn er nicht innerhalb eines Jahres nach dem Tode des Versicherten geltend gemacht wird.

Die Bundesratsverordnung vom 11. Mai 1916 hatte für die Angehörigen der im gegenwärtigen Krieg Veranlassung aber Verstorbenen bereits existierende Güter oder Ansprüche beseitigt. Um aber allgemein bei Todesfällen von Kriegsteilnehmern zu verhüten, dass durch eine Fristverlängerung die Hinterbliebenen geschädigt werden, bei der Bundesrat durch eine neue Verordnung für Verstorbenen, die als Kriegsteilnehmer verstorben oder vermisst sind, bestimmt, dass die Frist für die Geltendmachung des Erhaltungsanspruchs nach § 3 Abs. 3 des Versicherungsvertrags für Angehörige mit dem Schluss des Kalenderjahres beginnt, in welchem der Krieg beendet ist. Diese Fristbestimmung ist ausserordentlich für Verstorbenen, die nicht zur bemerksamen Macht gehören, wenn sie sich bei ihr aufgehoben haben oder ihr gefolgt sind, oder wenn sie in die Gewalt des Feindes geraten sind. In Ausnahmefällen ist ausserdem eine weitere Fristverlängerung vorgesehen, wenn besondere Hindernisse vorliegen haben. Nicht ungenügend, dass ein Verstorbenen, der als verstorben galt, nach Krieg, so brauen die Versicherungsanstalten zu Unrecht, erhaltene Beiträge nicht zurückzufordern.

Diese neue Verordnung hat unter Aufhebung der Verordnung vom 11. Mai 1916 rückwirkende Kraft vom 1. August 1914 ab. Ist auf Grund der früheren Bestimmungen eine Beitragsausstellung wegen Verfalls des Beitrags rechtskräftig abgeschlossen worden, so ist auf Grund der neuen Verordnung von Null wegen zu prüfen, ob die Bestimmungen dieser Verordnung für den Berechtigten günstiger sind; in diesem Falle ist dem Berechtigten ein neuer Beitrag zu erteilen.

Letzte Nachrichten.

Der neue Luftangriff auf England.

London, 19. Oktober. Neuter, Antlisch. Feindliche Luftschiffe griffen heute Abend die Küsten von Norfolk an. Der Feind drang bis auf eine gewisse Entfernung ins Innere dieser Grafschaften ein, führte aber keinen sehr bestimmten Angriff aus. Bomben oder Bombenfragmente nahmen an dem Angriff teil. Bomben wurden an verschiedenen Punkten abgeworfen, darunter einige wenige in dem Bezirk von London.

London, 20. Oktober. Neuter, Antlisch. Bei dem Luftangriff von gestern Abend wurden 27 Personen getötet und 80 verwundet. Es wurde auch einiger Schaden angerichtet.

Paris, 20. Oktober. Antlisch. Zwei verheerend gewordene Bomben fielen von Flugzeugen und Luftabwehrabteilungen angegriffen, im Département in der Gegend von Elixon niederkammen; die Bomben haben die Luftschiffe in Brand gesetzt und Fluchtversuche gemacht, sind aber gefangen genommen worden.

Nach Hapjal geräumt.

Helsingfors, 20. Oktober. (Melbung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die Russen haben die Insel Dago geräumt und mit der Räumung von Hapjal begonnen. Auf den Inseln sind alle Russen ruhig. Der Delegierte des Reichsausschusses der Polte, Wisschnewski, der nach den Überfalls geschick war, um von der Lage Kenntnis zu nehmen, ist von den Deutschen gefangen genommen worden. Hapjal, schon zum Reichland gehörig, liegt der Insel Womo gegenüber, die östlich von Dago gelegen ist.

Verordnungen in Russland.

Petersburg, 21. Oktober. Der Reichsausschuss hat beschlossen, dass außer den Jahrgängen 1900 und 1909 auch derjenige von 1897 entlassen wird.

Gewerkschaftsbewegung

Eine Aktion der Scharfmacher.

Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hatte sich im Juni 1917 mit einer Eingabe an das Kriegsamt (Generalst. Gräner) gewandt, um sich über die Wirkungen des Hilfsdienstgesetzes zu beschweren. Zwar sei der Arbeiterwechsel zurückgegangen, aber dem Wechsel der Arbeitsstelle ziehe die Arbeiterschaft nunmehr die Erreichung höherer Löhne an der alten Arbeitsstelle vor, und zwar stellen die Arbeiter einzeln, in den meisten Fällen jedoch kollektiv durch die Arbeiterausschüsse bezw. durch die Schlichtungsstellen des Hilfsdienstgesetzes immer erneute Forderungen nach Lohnerhöhungen. Die Arbeitgeber seien gegenüber solchen kollektiven Forderungen meistens machtlos, da sie bei Ablehnung der Forderungen die Gefahr des Stillstandes ihres Betriebes und damit das Aufheben der im Interesse der Verteidigung des Vaterlandes notwendigen Arbeiten zu befürchten. Sie bewilligen deshalb zum Teil die Lohnforderungen und fördern damit unwillkürlich weitere Wünsche. Wo sie sich ausnahmsweise ablehnend verhalten, ist häufig zu beobachten, daß die als Schlichtungsstellen anerkannten Kriegsausschüsse geneigt sind, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, selbst dann, wenn wesentliche Erhöhungen der Löhne gefordert werden. Ferner heißt es:

„Die Löhne in der Rüstungsindustrie sind auf diese Weise, wie allgemein bekannt sein dürfte, auf eine ungeheure und unbedeutende Höhe gebracht worden. Diese Höhe der Löhne kann nicht durch die leider vorhandene Teuerung begründet werden, denn die Arbeiterschaft wird zum größten Teil bereits durch ihren Arbeitgeber billig versorgt, sie hat nicht die Möglichkeit, mehr Lebensmittel zu kaufen, als ihr durch die Rationierung zugewiesen sind. Die aufgesparten Bargeldmittel, für die es nichts zu kaufen gibt, sind nur geeignet, die Arbeiterschaft unzufrieden mit der amtlichen Lebensmittelverteilung zu machen. Dort aber, wo es gelingt, durch Scheinhandel zu besseren Preisen Lebensmittel zu bekommen, wird die Beschaffung von Nahrungsmitteln auf gewöhnlichem Wege nur erschwert. Daß die ungeheure Höhe der Löhne eine große Gefahr für unsere zukünftige Wirtschaft darstellt und alle Kreise unserer vaterländischen Produktion mit schwerer Sorge erfüllt, braucht kaum hervorgehoben zu werden.“

Es wird dann von den Scharfmachern gefordert, daß die Veröffentlichung der Lohnverhandlungen in den Schlichtungsausschüssen unterbleiben soll, ebenso Mitteilung von Löhnen in der Presse. Endlich sollen die staatlichen Betriebe auf die große Gefahr allgegenwärtigen Entgegenkommens hingewiesen werden.

Die Antwort Gräners ist leider nicht bekannt. Das „Correspondenzblatt der General-Kommission“ weist darauf hin, daß sehr große Arbeitermassen in der Kriegsindustrie Wochenlöhne von 25-40 M. bei angestrengtester Arbeit verdienen. Sollen aber die Arbeiterlöhne nachgeprüft werden, so natürlich auch die Kriegsgewinne der Unternehmer. Inwiefern die heutigen Löhne nach dem Kriege aufrechtzuerhalten werden können oder aufrechtzuerhalten sind, kann heute nicht diskutiert werden. Die Gewerkschaften geben sich keinen Illusionen hin; sie wissen, daß die Lohnfrage nach dem Kriege ein für sie sehr schwieriges Problem wird, das im wesentlichen vom Ausgange des Krieges abhängt. Ihre Haltung im Kriege ist nicht am wenigsten von dem Bestreben diktiert, einen solchen Ausgange des Krieges herbeizuführen, der auch den Interessen der Arbeiterklasse nach dem Kriege entspricht. Wenn die Scharfmacherzünfte von schweren wirtschaftlichen Kämpfen spricht, die nach dem Kriege der Industrie angeblich bevorstehen, dann kann damit nichts anderes gemeint sein, als daß die Großindustriellen selbst heute heraufschreienden gedenken. Für eine Industrie, die zur Beständigkeit mit den Gewerkschaften bereit wäre, läge kein Grund zu derartigen Prophezeiungen vor. Wer allerdings eine solche Verhängnisvollung prinzipiell ablehnt, wie die hinter der obigen Eingabe stehenden Herren, muß mit schweren wirtschaftlichen Kämpfen rechnen. Die Gewerkschaften sind demgegenüber, um mit Bechtelmann Hülse zu reden, zum Kriege bereit, zum Kampfe entschlossen. Wollen die Großindustriellen den Frieden nicht, werden sie den Kampf haben. Aber sie sollten dann, auch wenn es schwer fällt, soviel Ehrlichkeit aufzubringen vermögen, die Diskussion der Lohnfrage zum mindesten bis zum Beginn der Feindseligkeiten zu verlagern und nicht den Behörden Absichten der Arbeiter vorzuführen, die nicht bestehen. Wir betonen demgegenüber nochmals: Die Lohnfrage nach dem Kriege ist nicht abhängig von den Kriegslöhnen, sondern von den Verhältnissen, die auf den Krieg folgen werden.

Groß-Berlin

Arbeitspause.

Auf den Bänken der Anlage draußen im Fabrikviertel sehen sie zur Zeit der Arbeitspause an diesen sonnigen Herbsttagen fast Tag für Tag. Mädchen und Frauen sind es in der Hauptsache, die hier ein paar kurz bemessene Viertelstunden der wohlverdienten Rast pflegen. Sie träumen vor sich hin, plaudern miteinander, lesen in einer abgegriffenen Zeitung oder lauen an einem Krust-Kriegsbrot, das braun und bröckelnd von ihren zerarbeiteten Fingern zertrümmert wird. Pössig, fast schlaff, lehnen sie auf den Bänken. Die eine oder andere hat ein Kopftuch um die zerlaufenen Haare

geschlungen. Die Gesichtszüge haben etwas Apathisches. Die Augen blicken stumpf, wie ins Leere.

Klein und groß, alt und jung, blond und dunkel, frisch und verbraucht sitzen sie nebeneinander — eine jede anders und doch alle vom gleichen Schicksal gestempelt. Und dieses Schicksal heißt Krieg! Den Liebsten, den Vater, den Bruder, den Sohn, den Gatten riß es von ihrer Seite. So manchen hat der Schlachtentod schon längst gemächt. Einzelne kehren als Krüppel heim. Und um die anderen, die Lebenden, noch an Geist und Gliedern Heilen hangen die Frauenherzen. Jeder Tag kann da tausend Hoffnungen zerbrechen, jede Stunde tausend Erwartungen vernichten.

Das Leben geht seinen Gang, unbekümmert um Menschen-schicksale und Frauenträume. Schon das Gebot des Alltags zieht ihnen ehern Schranken. Denn auch die in der Heimat Befindlichen dürfen die Hände nicht müßig in den Schoß legen. Wo der Mann sein Leben in die Schanze zu schlagen hat, hat die Frau die ganze Last der Arbeit auf ihre Schultern zu nehmen, will sie den gemeinsamen Haushalt einigermaßen auf der Höhe erhalten und die Kinder keine Not leiden lassen. Dieser Ernst der Zeit ist allen diesen Frauen ins Gesicht geschrieben. Ihre Augen sehen nicht die Blumen der Anlagen, die sie umblühen, ihre Blicke nehmen die Blätter nicht wahr, die sie umgrünen. Die dunstigen Betriebshallen halten sie selbst in den Arbeitspauken in ihrem Bann, und das Surren und Zischen der Maschinen hallt ihnen in den Ohren, mögen auch noch so lockend Vogel-lieder sie umjubilieren. Der Arbeitstag ist ein strenger Lehrmeister, und seine Pausen sind nur wie ein Atemholen in dem zwingenden Gleichmaß seiner Stunden.

Das zweite Sonntags-Konzert der „Freien Volksbühne“.

Auch diesmal sprach Beethoven. Aber in anderer Weise. Und zwar durch zwei seiner Streichquartette, die sowohl in rein formalen Beziehung als hinsichtlich des persönlichen Erlebens ihres Schöpfers und doch zugleich wegen einer gewissen Hingabe an vollstimmliche Verständlichkeit des Inhalts bezeichnend sind. Beide Werke (Opus 18 Nr. 1 und Opus 59 Nr. 3) stellen mit sechs bezugsweise drei anderen, die zu einem Ganzen gehören, wahre Sätze der Seele wie Bilder des sprudelnden Lebens dar. Dem herben tief-weihewollen Schmerzempfinden, wie es im Adagio zum Ausdruck kommt, korrespondiert hier das heitere Scherzo und Allegro, worin es einzig zu hören ist, wie sich die einzelnen Instrumente miteinander besprechen. Desgleichen im zweiten Werke die Loslösung von velleitlich noch gewaltigeren Schmerzempfindungen, die am Anfang des ersten Satzes aufschlagen, in der Mittelstücken, emporbrausend zu mächtiger Reclamade eines genialen Lebensgefühl im Schlüssel-fuge, der denn auch vom Klingler-Quartett in wahrhaft hinreißender Rhythmis und Klangschönheit gegeben wurde. Daß der Beethovenische Humor aus ganz anderen, will sagen, geheimnisvollerer Quellen eines an Antarktis reichen Lebens hervordringt, als etwa bei Haydn und Mozart — diese Erkenntnis wird den Hörern nebstbei als besonderer Gewinn verbleiben. Daß dem so sei, möchte wohl der närmste Applaus nicht bloß zum Schluß, sondern schon zwischen den einzelnen Sätzen, wo er freilich als störend empfunden wird, beweisen.

Die Kartoffeln für die nächste Woche, vom 29. Oktober bis 4. November, 7 Pfund pro Kopf, sind nach einer Mitteilung des Berliner Magistrats schon in dieser, heute beginnenden Woche auf die zutreffenden Kartoffelartenabschnitte beim Kleinbändler abzunehmen und sorgfältig aufzubewahren. Erhältlieferung kann in keinem Fall gewährt werden.

Rohfleischwucher.

Die Tatsache, daß bisher für Rohfleisch und die daraus hergestellten Wurstwaren keine amtlichen Höchstpreise festgesetzt sind, macht sich eine ganze Reihe kleiner Händler zunutze, um das Publikum gehörig zu schröckeln. In den seltensten Fällen verkaufen die Händler, darunter auch zahlreiche Gastwirte, die Rohwurst nach Gewicht, sondern nehmen den Käufers, die bei der herrschenden Knappheit zufrieden sind, überhaupt Wurst zu bekommen, ganz nach beliebigen willkürlichen Preisen ab. Es geht nicht nach Gewicht, sondern nach Schätzung. Natürlich ist die Schätzung so, daß der dabei Uebervorteil stets der Käufer ist. Es wäre wirklich an der Zeit, daß die Behörde diesem Treiben endlich ein Ende macht. Der also mit den Höchstpreisen für Rohfleischwaren und gleichzeitigem Verbot des Wurstwarenverkaufs nach „Schätzung“.

Das Opfer einer Gaskochgasvergiftung wurde in der Nacht zum Sonntag der 68 Jahre alte Patentanwalt Dr. Rudolf Worms, der in der Königgräber Straße für sich allein wohnte. Man fand ihn morgens mit einem Strohholz in der Hand und der Schachtel neben sich tot unter der Lampe liegen. Wahrscheinlich ist der Mann, als er im Begriffe stand, die Gaskochplatte anzuzünden und den Hahn bereits aufgedreht hatte, ohnmächtig geworden und nicht wieder zu sich gekommen.

Eine verzwifelte Mehlheute. In der Regierstraße zu Reinickendorf saßen Leute, daß bei einem Händler Lindemann ein großer Vorrat Mehl abgeladen wurde und machten die Polizei darauf aufmerksam. Kriminalbeamte legten sich in der Vermutung, daß Mehlheiber in der Nacht kommen würden, um die Ware wieder abzuholen, auf die Lauer. Es kam auch ein Gespann, aber es

fuhr nichts ab, sondern wurde auf dem Grundstück auch noch untergestellt. Wahrscheinlich sollte erst am nächsten Tage das Mehl weggeschafft werden. Bevor es jedoch dazu kam, beschlagnahmen die Beamten am nächsten Morgen Fuhrwerk und Mehl und brachten beides nach dem Rathaus. Auf dem Wege dorthin begegnete ihnen ein Mann aus Rosenthal, der zu seiner Freude das ihm gestohlene Gespann wieder sah. Er glaubte, die Diebe vor sich zu haben. Zum Glück blieb es bei Worten; bevor es zu Tätlichkeiten kam, wurde die Sache aufgelöst. Lindemann, ein Schieber und Heiber, wurde verhaftet. Er behauptet, das Mehl von einem Schlichter gekauft zu haben. In Wirklichkeit hat es ein Kutscher, der es für die Mehlverteilung von einem Mann im Nordhafen zur Verteilung an Bäckermeister abholte, unterschlagen und an Lindemann verschoben. Dieser Kutscher ist noch nicht ermittelt. Das Fuhrwerk in Rosenthal war eigens wieder gestohlen worden, um das Mehl weiter wegzuschaffen.

Streifenbahnzusammenstoß. An der Ecke Müller- und Ofener Straße sollte der Anhängerwagen der Linie 28 von der Linie 24 aus dem Straßenbahnhof befördert werden. Da die Weiche nicht richtig stand, wurde der Wagen zurückrangiert. Während dieser Bewegung kam ein Wagen der Linie 28 und fuhr auf den Anhängerwagen der Linie 24 mit voller Wucht auf, so daß dieser in die Luft gehoben wurde und auf dem Triebwagen hängen blieb. Die Scheiben wurden zertrümmert und die Sitzbänke zerstört. Die Insassen sprangen in großer Aufregung aus dem Wagen heraus. Der zertrümmerte Wagen wurde alsbald in den Bahnhof geholt. Es trat eine etwa viertelstündige Betriebsstörung ein.

Sportpark Treptow. Trotz des kalten Wetters wiesen auch die gestrigen Radrennen wieder einen Massenbesuch auf. Das noch-malige Zusammentreffen unserer drei besten Steher Bauer, Krupkat und Pawle im Saison-Absteherpreis, einem Dauerrennen in zwei Läufen über 20 und 50 Kilometer, und das Starten von Ritt und Lorenz in einem Stundenpremiennenrennen gegen die gesamte Treptower Rittgermannschaft erwies sich als eine gute Zugkraft. In beiden Rennen kam es zu recht heißen Kämpfen; alle Fahrer waren höchst befreit, noch vor Tagesende für den jezt so teuren Winterharter möglichst Geld heranzuschaffen. Die Dauerrennen beendigten ihre bisherige gleiche Form, und in dem langen Rittgerrennen gelang es dem besten Treptower Rittger Abraham, selbst Ritt und Lorenz hinter sich zu lassen.

Resultate: Saison-Absteherpreis, erster Lauf, 20 Kilometer: 1. Pawle 17 Min. 20 Sek., 2. Krupkat 70, 3. Bauer 240 Meter zurück. — Stundenpremiennenrennen, 1. Brämie, 10 Min.; Sawall, Ritt, Lorenz; 2. Brämie, 20 Min.; Abraham, Behrendt, Lorenz; 3. Brämie, 30 Min.; Sawall, Schrage, Lechner; 4. Brämie, 40 Min.; Abraham, Ritt, Lorenz; 5. Brämie, 50 Min.; Behrendt, Abraham, Ledmer; Endpremiere, 1 Stunde: 1. Abraham, 2. Ritt, 3. Thadewald, 4. Sawall, 5. Lorenz, 6. Müller. — Saison-Absteherpreis, zweiter Lauf, 50 Kilometer: 1. Bauer 44 Min. 34 Sek., 2. Krupkat 1010, 3. Pawle 1040 Meter zurück. Im Gesamtklassiment erzielten alle drei Dauerradfahrer mit 4 Punkten die gleiche Punktzahl.

Friedrichsfelde. Bezugshinverdruck. Der Gemeindevorstand macht bekannt: Die Dienstgeschäfte bei der Bezugshinverstelle für Red., Biz., Strid- und Schuhwaren in Friedrichsfelde werden immer umfangreicher; ein längeres Warten an dieser Abfertigungsstelle ist unabweislich. Wir richten daher an unsere Bürgerchaft die dringende Bitte, die Vorbrude für die Bezugshinver vollständig ausgefüllt nach der Dienststelle mitzubringen. Es ist alsdann nur eine Eintragung und Abstempelung erforderlich. Am die Erlangung der Vorbrude zu erleichtern, werden wir solche zur Abholung auch auf der Polizeiwache in Friedrichsfelde niederlegen. Auch können dieselben unter Befugung eines Freiumschlags mit Aufschrift vom Einwohnermeldeamt durch die Post angefordert werden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Dienstag mittag: Zeitweise neblig, sonst trocken und vielach heiter, am Tage wieder ziemlich mild, in der Nacht zu Dienstag besonders östlich der Oder vielach Frost.

Aus aller Welt.

Die australische Luthbahn vollendet. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge wird der Exchange Telegraph Company aus Melbourne gemeldet, daß die australische Transcontinental-Eisenbahn, die beinahe 6400 Kilometer lang ist, jezt beendet ist.

Die Vorbrude. Der „Simplicissimus“ erzählt: Während der Saison fuhr in dem großen Waldort K. fast jede Nacht ein geschlossener Wagen durch die Straßen. Er brachte den Inhabern von Gasthäusern Fleisch, damit sie ihren Gästen reichliche Mahlzeiten vorsetzen konnten. Es ging alles glatt, bis das Fuhrwerk eines Nachts von dem diensttuenden Polizeibeamten angehalten wurde. „Versucht“, murmelte der Kutscher, „jezt werden wir erwischt. Das wird eine schöne Geschichte werden.“ — „Hören Sie mal“, fuhr ihn der Beamte an, „ich habe Sie schon wiederholt beobachtet. Sie fahren ja ständig ohne Licht. Sie wissen doch, daß nach unserer Straßenpolizeiverordnung jedes Fuhrwerk in der Dunkelheit eine angezündete Laterne haben muß. Wenn ich Sie noch einmal ohne Beleuchtung antreffe, zeige ich Sie an — verstanden?“

Seit dieser Nacht fuhr der Wagen jezt in strahlendem Glanze zweier Laternen. Er wurde nie mehr angehalten.

Verantwortlich für Politik: Erich Kattner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schell, Berlin; für Inserate: Th. Hilde, Berlin. Druck u. Verlag: Norddeutscher Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Todesanzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher **Albert Kurby** am 18. d. M. gestorben ist. Die Beerdigung findet am Montag, den 22. Oktober, nachmittags 2^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Rentners Gemeinderichtsbezirk, Mariendorfer Weg, aus statt.
Nachruf.
Den Mitgliebrern jerner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher **Wilhelm Allewelt** Brunnenstraße 53, am 17. d. M. gestorben ist. Ehre ihrem Andenken! Die Erbsverwaltung.

Schmerzliches Gedenken
zum Sterbetage unseres lieben Schwageres und Schwagers, des Landsturmmannes **Josef Geier** gef. am 22. Oktober 1916.
Lina Dewitz geb. Luthardt.
Paul Dewitz.
Walter Dewitz.
Johanna Dewitz.
Martha Janz geb. Dewitz.
Paul Janz, a. J. im Felde, als Krieger.
Du warst so gut und starkst so früh, mer dich gekannt, vergiß dich nie. 727b
Ruhe sanft in Heidesland!

Admirals-Palast.
Die Novität **Abrekadabra**
Großes phantastisches Ballett auf dem Ess. 7^{1/2} U. Vorzügl. Küche.
Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche, Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahn.
Behandlung von Tuberkulose, Gicht, Gicht, Frauenleiden, Leber, chron. Niere, Gicht, Gelenk-entzündungen, rheumatische, amorphe, chronische, akute, Schmerzen, Bluthinterstörung, Blutunterstörung, Häm. Blute, Zellbildung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Künstl. Zähne mit echtem Friedenskautschuk.
Goldkronen, Brücken, Plomben, Zähne ohne Platte, Zahnziehl. mit Beläuh., Umarbeitg., Reparatur, sofort. Bill. Preise, auch Teilz.
Zahn-Praxis M. Löser Brunnenstraße 185, nahe Invalidenstr. Personl. zu sprech. 10-7, Sonnt. 10-12. Tel. N. 11503
Spezial-Arzt f. Geschlechtskrankheiten, Harn-, Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen. Institute:
a. d. Lützowstr., Sprechstunden während d. Sommers 1/2-1/2, 10 U. abends, Sonntags 11-1 Uhr.
b. S. starke Broschüre 50 Pf., nach außerhalb 1 M. in verschl. Kuvert.
Aufklärende
Dr. med. Karl Reinhardt.

Ich bin zurückgekehrt
Spezialarzt
Dr. med. Wockentau, Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.), 1. Syphilis, Harn- u. Frauenleiden, Ehrlich-Hata-Kur (Dauerheilg.), Blutuntersuch. Schnelle, sichere Schmerzl. Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung. 253/6*
Sprechstunden: 11-1 u. 6-8.
Spezialarzt
Dr. med. Laabs, beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufsstörung. Geschlechtskrankheit, geheims. Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche. Erprobte Methoden Ehrlich-Hata-Kuren, Harn- u. Blutuntersuchung.
Königsstr. 34/36. Bahnhof Alexanderpl. Sprech. 10-1 u. 6-8, Sonnt. 10-1
Bauflempner
für Heeresdarb. u. Zehlfhorn, Charlbg., Spandauer Str. 30.*

Lombard-Haus
H. Graf, Leipzigerstr. 75 II
Volle normale Beladung
Diskretion, Re-sultat Gelegen-heitsk., Uhren, Brillanten, Schmucksachen
10-50%, unt. Ladenpr.
Gegen anreines Blut
zum Ausbleiben aller Schärfen aus den Säften gibt es nichts besseres als **Poehlers Säuren**. Keine **Renovations-Pillen** ganz bei bei Nierenschäden, Geschlechtsleiden, roter Haut, Flechten, Blutanbrand und Verstopfung Dose 2. 400 nur von Apoll Lauensteins Versand, Spremberg L. 4.
Fahrpersonal.
Kräftige, des Jahres hindige Leute werden eingestellt. 794bf. Bedingungen im Kontor der **Schultheis' Brauerei H. G.**, Kärntnerstr. 11-17.

Nerven- und Stoffwechselliden

insbesondere Nervenschwäche, Überverfallung, Gicht und Rheumatismus, Zuckerkrankheit, Magen- und Darmleiden, Herz-, Leber- u. Nierenkrankheiten, Blararmut, Frauenleiden, Schwächezustände, Hautleiden werden mit vorzügl. Erfolgs nach besonderem Verfahren ohne jede Berufsstörung behandelt. — Kurze Kurdauer. — Kombinierte **Zauerhoffuren.** — Künstliche Göttersonne. — Ausführliche Prospekte kostenfrei. Sprechst. 9-10^{1/2}, 3-4^{1/2}, Sonnt. 10-11.
Sanitätsrat Dr. Weise's Ambulatorium, Berlin 117, Potsdamer Str. 123b.

Packerinnen

für **Wahrscheinungen**, nur kräftige Bewerberinnen, gesucht von **Auergesellschaft, Spedition A., Berlin O. 17**

Reuters Werte
3 Bände 6 M. Doppel-
bandung. Druck-
verlag.

Alte Belonnhüte
Feldhüte, Filzhüte
werden wie neu
auf moderne Formen
umgeformt.
Neue **Outformen** direkt
in Ecksteins Hutfabrik,
Invalidenstr. 88, an der
Ecksteinstr. Filiale:
Bielandstr. 7, a. d. Kamitzstr.